

**Dienstleistungsauf... - 12153-2011**

13/01/2011 S8 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

**D-Mühlheim am Main: Öffentlicher Verkehr (Straße)**

2011/S 8-012153

**BEKANNTMACHUNG – SEKTOREN****Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH  
Dietesheimer Straße 70  
63165 Mühlheim am Main  
DEUTSCHLAND

**Weitere Auskünfte erteilen:** IGDB GmbH

Im Steingrund 3

z. H. Frau Hund

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

Tel. +49 6103-5067120

E-Mail: [ausschreibung@igdb.de](mailto:ausschreibung@igdb.de)

Fax +49 6103-5067121

Internet: <http://www.igdb.de>

**Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:** IGDB GmbH

Im Steingrund 3

z. H. Frau Hund

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

Tel. +49 6103-5067120

E-Mail: [ausschreibung@igdb.de](mailto:ausschreibung@igdb.de)

Fax +49 6103-5067121

Internet: <http://www.igdb.de>

**Angebote/Anträge auf Teilnahme sind zu richten an:** IGDB GmbH

Im Steingrund 3

63303 Dreieich

DEUTSCHLAND

**I.2) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES AUFTRAGGEBERS**

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND****II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Stadtbus Mühlheim.

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungsauftrag

Dienstleistungskategorie: Nr. 2

Hauptort der Dienstleistung 63165 Mühlheim am Main

NUTS-Code DE71C

**II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung**

Öffentlicher Auftrag

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung****II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Öffentliche Nahverkehrsleistungen in der Stadt Mühlheim am Main im Landkreis Offenbach.

**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

60112000

**II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Ja

**II.1.8) Aufteilung in Lose**

Nein

**II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein

**II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS****II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang**

Linie OF-31: Lämmerspiel - Mühlheim - Dietesheim - Mühlheim - Lämmerspiel.

Die Linie beinhaltet die innerstädtische Verkehrserschließung der Stadt Mühlheim am Main.

Die Leistungen im Busverkehr können fahrplanmäßig mit 4 Fahrzeugen (2 Midibusse (niederflur), 1 Gelenkbus (niederflur)

sowie 1 Standardbus (niederflur)) und gerundeten 194 700 Nkm (Nutzwagenkilometern) sowie gerundeten 9.300

Fahrplanstunden p.a. erbracht werden.

**Optionen**

Ja

Beschreibung der Optionen: Die Betriebslaufzeit beginnt am 11.12.2011 und endet am 10.12.2016, d.h. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2017.

Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung von 3 x 1 Jahr, jeweils bis zum letzten Tag der Fahrplanperioden 2017 (9.12.2017), 2018 (8.12.2018) bzw. 2019 (7.12.2019). Die mögliche Ausübung des Optionsrechtes durch den Auftraggeber erfolgt jeweils schriftlich bis zum 31.5.2016 bzw. 31.5.2017 bzw. 31.5.2018 eingehend beim Auftragnehmer.

**II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG**

Beginn: 11.12.2011 Ende: 10.12.2016

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN****III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten**

Zur Sicherung der Leistungspflicht und des lückenlosen Weiterbetriebs im Falle einer Betriebsaufnahme durch Dritte sowie zur Durchsetzung aller bestehenden und künftigen, auch bedingten und befristeten Ansprüche des Auftraggebers aus dem Verkehrsvertrag einschließlich nachvertraglicher Abwicklungspflichten muss der erfolgreiche Bieter (Gewinner der Ausschreibung) Sicherheitsleistungen in Höhe von 5 v. H. des Netto-Gesamt-Auftragswertes des ersten vollen Kalenderjahres bereit stellen.

Die Sicherheitsleistung ist durch Bankbürgschaft zu erbringen. Die Bürgschaftserklärung ist schriftlich mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass die Bürgschaft deutschem Recht unterliegt, unbedingt und unbefristet sowie selbstschuldnerisch unter Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit, der Anfechtung und der Vorausklage abzugeben.

Die Sicherheitsleistung ist spätestens 14 Tage nach der durch den Auftraggeber erfolgten Vertragszeichnung zu erbringen.

Die Rückgabe der Sicherheitsleistung erfolgt nach Entfallen des Sicherungszwecks. Dieser umfasst insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung sowie die Durchsetzung finanzieller Ansprüche des Auftraggebers einschließlich nachvertraglicher Abwicklungspflichten. Hierunter fällt insbesondere die Sicherstellung eines Ersatzverkehrs, falls der Auftragnehmer die vertraglich vereinbarte Verkehrsleistung nicht mehr erbringen kann. Der Sicherungszweck entfällt spätestens nach Abwicklung der letzten Zahlungen nach Beendigung des Verkehrsvertrages.

**III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach § 17 VOL/B (in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Ausschreibung gültigen Fassung) soweit im Verkehrsvertrag nebst Anlagen nicht etwas anderes geregelt ist.

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**

Die Abgabe von Angeboten durch Bietergemeinschaften ist zulässig.

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung:

— Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform,

— Auftragserteilung nur an ein federführendes und bevollmächtigtes Mitglied der Gemeinschaft; gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder.

Eine entsprechende Erklärung ist für den Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft gemäß Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft" abzugeben (vgl. hierzu auch Ziffer 15 der Aufforderung zur Angebotsabgabe). Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass nicht nur unter der Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter- / Arbeits-gemeinschaft" die Unterschriften sowie Firmenstempel aller Mitglieder einer Bietergemeinschaft erforderlich sind, sondern auch unter dem Angebotsschreiben sowie allen mit einem eigenen Unterschriftenfeld versehenen Anlagen zum Angebotsschreiben.

Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, können darüber hinaus kein eigenständiges Angebot einreichen. Falls derartige Angebote eingehen sollten, würde dies zwingend sowohl zum Ausschluss des Angebotes des betreffenden Einzelbieters als auch - bei Kenntnis der Bietergemeinschaft vom Angebot des Einzelbieters - des Angebotes der Bietergemeinschaft führen.

**III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung**

Nein

**III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN****III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Bietererklärung zur Zuverlässigkeit einschließlich der Erklärung nach dem Gemeinsamen Runderlass vom 3. April 1995 in der Fassung vom 14. November 2007 (StAnz. S. 2327) über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage D zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Selbsteinschätzung: Darlegung zu kommunalwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage E zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage F zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden. Die Hinweise auf Seite 1 ff. der Anlage F zum Unterschriftenverfahren sind zu beachten),

— Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). [Dieser Nachweis kann als Kopie erfolgen.] Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen,

— Nachweis der fachlichen Eignung i.S. des § 13 Abs. 1 Nr. 3 PBefG i.V.m. § 3 PBZugV: Kopie einer Bescheinigung über die fachliche Eignung, ausgestellt durch die zuständige Behörde (vgl. Anlagen 4 und 6 zur PBZugV). Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise für die Beförderung von Personen im Straßenverkehr, die natürlichen Personen und Gesellschaften aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erteilt wurden, werden in unmittelbarer Anwendung des Art. 10 der Richtlinie 96/26/EG anerkannt; oder Kopie einer Genehmigungsurkunde für den

Linienverkehr mit KOM bzw. einer Genehmigungsurkunde für den Verkehr mit Mietomnibussen oder mit Mietwagen. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer 7 der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Datum der Angebotsabgabe enden; oder Kopie einer EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98, erforderlichenfalls zzgl. deutscher Übersetzung. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer 7 der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Datum der Angebotsabgabe enden.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

- Bietererklärung zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: unterzeichnete Erklärung des Bewerbers hinsichtlich der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage C zum Angebotsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden),
- Angabe von vergleichbaren erbrachten Busverkehrsleistungen im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen (falls in Deutschland erbracht: gem. § 42 PBefG; nicht: gem. §§ 43-49 PBefG; Verkehrsleistungen gem. §§ 43-49 PBefG werden nicht berücksichtigt) seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten drei vollen Kalenderjahre vor dem in Ziffer 7 der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Termin zur Angebotsabgabe (sowie ggf. Auflistung der bereits beauftragten künftig zu erbringenden Verkehrsleistungen); die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Anlage G zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),
- Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.],
- Bescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen.].

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen. Ist der Bieter der Auffassung, dass er die ausschreibungsgegenständlichen Leistungen mit einer geringeren Anzahl an Fahrzeugen als die in Ziffer II.2.1) ausgewiesene Anzahl an Fahrzeugen erbringen kann, so hat er die Vergabestelle mit Angebotsabgabe darüber unter Nachweisführung (Angabe der Anzahl der kalkulierten Fahrzeuge sowie Abgabe der verbindlichen, dem Angebot zu Grunde liegenden Umlaufplanung) in Kenntnis zu setzen.

### III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

### III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE**

#### III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

#### III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Nein

## **ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

### IV.1) **VERFAHRENSART**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

### IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**

#### IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot. Die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung aufgeführt sind

#### IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt**

Nein

### IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

#### IV.3.1) **Aktenzeichen beim Auftraggeber**

1784

#### IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

#### IV.3.3) **Bedingungen für die Aushändigung von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen 9.2.2011 - 14:00

Die Unterlagen sind kostenpflichtig

Preis 10,00 EUR

Zahlungsbedingungen und -weise: Bar, Verrechnungsscheck, Überweisung.

Empfänger: IGDB GmbH.

Kontonummer: 46131314.

Bankleitzahl: 506 521 24 bei der Sparkasse Langen-Seligenstadt.

Verwendungszweck (bitte immer mit angeben!): Stadtbus Mühlheim.

Preis enthält 19 % Mehrwertsteuer.

#### IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Anträge auf Teilnahme**

2.3.2011 - 10:00

#### IV.3.5) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Anträge auf Teilnahme verfasst werden können**

Deutsch.

#### IV.3.6) **Bindefrist des Angebots**

Bis 29.4.2011

#### IV.3.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

## **ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

### VI.1) **DAUERAUFTRAG**

Nein

**VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD**

Nein

**VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN**

Zur Anwendung des Hessischen Präqualifikationsregisters (HPQR) siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Nachr. HAD-Ref.: 990/130.

Nachr. V-Nr/AKZ: 1784.

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren: Fax: +49 6151125816 (normale Dienstzeiten); +49 6151126834 (0:00 bis 24:00 Uhr)

**VI.4) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN**

**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

DEUTSCHLAND

Fax +49 6151125816

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren.

Nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.

Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

**VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**

**VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

12.1.2011